

Niederschrift
über die Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 21.03.2006

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 31.01.2006 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 3 | 01 - 14 0424/2006 | Durchführung einer freiwilligen Bürgerbefragung |
| 4 | 04 - 14 0387/2006 | Verkaufsoffene Sonntage |

III. Vorlagen

- | | | |
|----|----------------------------------|---|
| 5 | 01 - 14 0417/2006 | Ersatzwahlen zu diversen Gremien |
| 6 | 01 - 14 0425/2006 | Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf am 05.04.2006 in Grevenbroich;
hier: Beschluss über die Teilnahme von Rats- und Ausschussmitgliedern |
| 7 | 02 - 14 0418/2006 | Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2005 |
| 10 | 04 - 14 0393/2006 E1 | Einrichtung weiterer Gruppen im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und Veränderung der Betreuungsmaßnahme "Schule von 8 bis 1" |
| 11 | 04 - 14 0404/2006 E2 | Satzung über die Erhebung von Gebühren im Rahmen der "Offenen Ganztagschulen im Primarbereich" der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Anpassung der Gebühren gemäß § 2 |
| 8 | 02 - 14 0411/2006 E1 | Haushaltssatzung 2006;
hier: Beschlussfassung |
| 9 | 04 - 14 0388/2006 | Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen |
| | "Emmerich blüht auf" | am 02.04.2006 |
| | "Autoshow- Alles rund um`s Auto" | am 14.05.2006 |
| | "Stadtfest" | am 03.09.2006 |
| | "St. Martinsmarkt" | am 05.11.2006 |

IV. Anträge an den Rat

- | | | |
|----|-------------------|--|
| 12 | 05 - 14 0416/2006 | TOP 3 der ASE-Sitzung vom 14.02.2006
Baumaßnahmen in der Innenstadt
Vorlage-Nr. 05-14 0392/2006;
hier: Einspruch und Ratsantrag |
| 13 | 05 - 14 0422/2006 | Vorbau am Haus Faulseit (Dambeck) an der Rheinpromenade |
| 14 | 05 - 14 0423/2006 | Umgestaltung des Rheinparks |
| 15 | 06 - 14 0419/2006 | Bericht über die Erreichbarkeit des Rettungsdienstes in Vrasselt und Praest angesichts der immer öfter geschlossenen Bahnschranken |
| 16 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 17 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

- Arntzen, Helmut
- Arntz, Anneliese
- Bartels, Gerd-Wilhelm
- Beckschaefer, Christian
- Bongers, Karl-Heinz
- Bongers, Sandra
- Braun, Elisabeth
- Brink ten, Johannes
- Brockmann, Manfred
- Diekman, Rolf
- Elbers, Markus Herbert
- Gertsen, Gerhard
- Gies, Norbert
- Hinze, Peter
- Jansen, Albert
- Koster, Gregor (bis 18.45 Uhr, während TOP 8)
- Kukulies, Christoph
- Kulka, Irmgard
- Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
- Lang, Hermann
- Lorenz, Marianne
- Mölder, Manfred
- Roebrock, Wilhelm
- Sickelmann, Ute
- Siebers, Sabine
- Sloot, Birgit
- Spiegelhoff, Werner
- Spiertz, Andre
- Tepaß, Udo
- Trüpschuch, Elke
- Ulrich, Herbert
- Weicht, Sigrid
- Went, Uwe

Entschuldigt fehlen:

- Jessner, Udo
- Hövelmann, Gabriele
- Offergeld, Birgit

Von der Verwaltung: Bürgermeister Diks, Johannes
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
Stadtkämmerer Siebers
Arntz, Gregor
Berk, Melanie
Gürtzgen, Stefan
Holtkamp, Günter
Kemkes, Jochen
Kleipaß, Herbert
Kraayvanger, Jürgen
Evers, Marita (Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb KBE: Gruyters, Klaus

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Rates um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die zahlreichen Einwohner.

Aufgrund der zahlreichen Einwohner werden die Tagesordnungspunkte 10 und 11 vorgezogen und nach TOP 7 behandelt.

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, die Tagesordnung gemäß § 7 Abs. 2 unter Berufung auf § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu erweitern, um den Punkt

Vorlage Nr. 05-14 0317/2005 Baumaßnahmen in der Innenstadt;
hier: Christoffelstraße, Fischerort und Alter Markt

Er erläutert diesen Antrag ausführlich.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat beschließt, die Tagesordnung zu erweitern um den Punkt

05-14 0317/2006 Baumaßnahmen in der Innenstadt;
hier: Christoffelstraße, Fischerort und Alter Markt

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Somit ist der Antrag von Mitglied Beckschaefer abgelehnt

Die Tagesordnung wird mit der Änderung genehmigt.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

1. Bericht in der RP;
hier: Anfrage von Herrn Helmut Reimann

Herr Reimann bezieht auf einen Presseartikel der RP, die über eine Veranstaltung in der Gaststätte Wemmer betr. einer Präsentation über den Stand der Planungen Innenstadt berichtete, wo von einem CDU-Ratsmitglied die Aussage getroffen wurde, dass bezüglich des Kandelabers auf dem Alten Markt "noch nichts entschieden ist". Im gleichen Artikel war zu lesen, dass Herr Erster Beigeordneter Dr. Wachs hierzu erklärt habe, "es sei alles entschieden". Herr Reimann fragt nach, welche Aussage denn nun die richtige ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt hierzu den derzeitigen Stand der Angelegenheit mit. Zu dieser Thematik ist eine entsprechende Vorlage im Rat im November des vergangenen Jahres bzw. in zwei Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung beraten worden. Am Ende dieser Beratung stand ein Beschluss zur Ausführungsplanung des Alten Marktes fest. In dieser Planung ist der Kandelaber auf dem Alten Markt nicht mehr vorgesehen.

2. Therapien im Förderzentrum Grunewald;
hier: Anfrage von Frau Beate Brodowski

Frau Brodowski, als Sprecherin des Förderzentrums Grunewald, teilt mit, dass am Förderzentrum sehr viele Kinder eine Therapie (Ergo- und Physiotherapie) benötigen. Im Zuge der Gesundheitsreform kann die Therapiepraxis die Kosten für die Miete des Klassenraumes (Mietkosten für drei Tage in der Woche 210 Euro/monat.) nicht mehr aufbringen können.

Die Eltern der betroffenen Kinder bitten die Verwaltung um Unterstützung.

Vorsitzender Diks sagt zu, dass die Verwaltung die Angelegenheit prüft und eine entsprechende Stellungnahme zukommen lassen wird.

3. Gestaltung Alter Markt;
hier: Anfrage von Frau Rotraud Kemkes

Frau Kemkes fragt nach, ob es möglich ist, da die Ausführung der Planung erst im Mai beginnt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung sich noch einmal mit der Planung der Gestaltung des Alten Marktes befasst.

Vorsitzender Diks teilt hierzu mit, dass im Vorfeld ausführlich über Formalitäten und Vorschriften, die zu beachten sind, gesprochen wurde, um eine Neuberatung zu beantragen.

4. Schule von 8 - 1;
hier: Anfrage von Frau Fränzi Dammers

Frau Dammers, Mutter einer Schülerin der Luitgardis-Grundschule, möchte den Antrag auf die Betreuung von 8 - 1 an der Luitgardis-Schule stellen und übergibt dem Vorsitzenden den schriftlichen Antrag mit einer Unterschriftenliste.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass dieser Punkt heute in der Sitzung nach Tagesordnungspunkt 7 behandelt wird.

Frau Bettina Nitsche spricht im Namen der Eltern der Grundschule Praest und schließt sich dem Antrag ihrer Vorrednerin an.

Auch hier liegt ein Schreiben der Verwaltung vor. Frau Nitsche betont ebenfalls, dass die Betreuung von 8 - 1 auch während der Ferienzeit besonders wichtig ist.

5. Gestaltung Alter Markt;
hier: Anfrage von Herrn Rainer Fels

Herr Fels spricht die Neugestaltung der Innenstadt an, besonders dass der Kandelaber und das rote Pflaster nicht zu der geplanten Modernisierung passen. Er fragt nach, ob es einen Beschluss gibt, dass die Stadt modern gestaltet werden soll.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass es hierzu mehrere Beschlüsse gibt, die er kurz erläutert. Er bietet Herrn Fels an, diese Beschlüsse einzusehen.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Fels erklärt die Verwaltung, dass eine Überplanung des Großen Löwen in Zukunft nicht in Sicht sei.

6. Modernisierung der Innenstadt Emmerichs;
hier: Anfrage von Herr Dr. Wilfried Kalde

Herr Dr. Kalde ist erstaunt über die Aussage der Verwaltung, dass Emmerich modernisiert werden soll. Er fragt nach, wo dieses im Leitbild der Stadt Emmerich geschrieben steht.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verdeutlicht, dass das Leitbildes relativ abstrakt und generalisierend Grundlinien vorgibt. Das Weitere spiegelt sich in den Fachplanungen wieder, die er gerade zitiert hat, und dieses wird mit Mehrheiten des Rates dargelegt.

7. Neuberatung Alter Markt;
hier: Anfrage von Herrn Peter Driessen

Herr Driessen fragt nach, ob er es richtig verstanden hat, dass nach dieser Diskussion die Planung des Alten Marktes wieder neu beraten wird.

Der Vorsitzende erläutert, dass es hierzu bestimmter Formalitäten bedarf.

Es liegen keine weitere Wortmeldungen vor und die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 31.01.2006

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

3 01 - 14 0424/2006 Durchführung einer freiwilligen Bürgerbefragung

Mitglied Kukulies erläutert eingehend und ausführlich den gestellten Antrag und die Stellungnahme der Verwaltung.

Mit der freiwilligen Bürgerbefragung soll angeregt werden, eine Auskunft darüber zu bekommen, was Bürger wünschen, wie sie sich ihre Stadt vorstellen und wie sie sich in ihrer Stadt fühlen.

Mitglied Sickelmann nimmt die Eingabe des FDP-Ortsverbandes zum Anlass, einen Prüfauftrag an die Verwaltung weiterzugeben, wie die Bürgerbeteiligung für konkrete Objekte verbessert und optimiert werden kann.

Mitglied Went schließt sich den Ausführungen von Mitglied Sickelmann an.

Der Vorsitzende erläutert die Möglichkeiten, die die Bürger haben, sich derzeit in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung einzubringen.

Er lässt über den gemeinsamen Antrag der Ratsmitglieder Kukulies, Sickelmann und Went abstimmen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die Bürgerbeteiligung verbessert werden kann. Nach Vorliegen des Ergebnisses wird eine Vorlage erstellt und im Fachausschuss beraten.

Beratungsergebnis: dafür 12 Stimmen, dagegen 21 Stimmen, 1 Enthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt und der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NW) bietet eine Anzahl Mitwirkungs- und Mitbestimmungsinstrumente. Zielsetzung ist die Aktivierung des allgemeinen kommunalpolitischen Interesses und die Steigerung der Mitwirkungsbereitschaft der Einwohner an der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung.

Hervorzuheben sind besonders :

- § 23 Allgemeines Unterrichtsrecht / Einwohnerversammlung
- § 24 Anregungen und Beschwerden
- § 25 Einwohnerantrag
- § 26 Bürgerbegehren / Bürgerentscheid
- § 48 Öffentlichkeit der Ratssitzungen / Einwohnerfragestunde

Die durch den Rat beschlossene Hauptsatzung und Geschäftsordnung nutzen den durch die GO vorgegebenen Rahmen im Sinne weitestgehender Mitwirkungsformen.

Exemplarisch sei genannt, dass § 48 GO NW in Abs. 1 Satz 3 definiert, dass Fragestunden für Einwohner in die Tagesordnung aufgenommen werden können, wenn Einzelheiten hierzu in der Geschäftsordnung geregelt sind.

Aufgrund der - im Sinne einer bürgerorientierten Kommune gefassten Formulierung des § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung erhalten interessierte Einwohner zu Beginn und am Ende einer jeden Rats- sowie Ausschusssitzung die Gelegenheit, sich an die Entscheidungsträger zu wenden.

Um im Bereich des Planens und Bauens (vgl. Leitbild S. 43 Status Kapitel 6.1 Die Stadt und ihre Bürger) eine - über das im formellen gesetzlichen Verfahren geforderte Maß hinausgehende- größtmögliche Bürgerbeteiligung sicherzustellen, lädt die Verwaltung bei allen wichtigen Projekten zu öffentlichen Informationsveranstaltungen ein und berichtet detailliert über die Planungsabsichten.

Darüber hinaus stehen die gewählten Vertreter in kontinuierlichem Dialog mit den Einwohnern und leiten Wünsche und Anliegen den zuständigen Gremien bzw. Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung zu.

Den Einwohnern bieten sich schon damit zahlreiche Möglichkeiten Wünsche/ Anliegen sowie Anregungen und Beschwerden zu artikulieren und sich in die Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die GO NW hat das Instrument der Bürgerbefragung nicht aufgenommen. In anderen Bundesländern (z. B. Niedersachsen) kann der Rat per Satzung in Angelegenheiten der Kommune eine Befragung der Bürger beschließen. Die Vorschrift ist für die Fälle gedacht, in denen der Rat seine Entscheidung in einer Sachfrage vom Votum der Bürger abhängig machen will, ohne den Entscheidungsakt zu übertragen.

Obwohl die Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen eine solche Bestimmung nicht vorsieht, besteht auch hier die Möglichkeit einer freiwilligen Befragung. Diese hat jedoch eher den Charakter einer Meinungsumfrage und kann verwaltungsseitig durchgeführt werden.

Dieses Instrument eignet sich, um einen Meinungsquerschnitt hinsichtlich bestimmter Fragestellungen (z.B. Zufriedenheit mit bestimmten Angeboten oder Dienstleistungen der Kommune bzw. kommunaler Einrichtungen) zu erhalten und das Handeln entsprechend kundenorientiert auszurichten.

Das erstmalig im Jahr 1999 erstellte und 2005 unter Mitwirkung einer großen Zahl engagierter Bürger fortgeschriebene mit Wirkung zum 01.01.2006 verabschiedete Leitbild definiert die wesentlichen kurz-, mittel- und langfristigen Ziele unserer Stadt und bildet als Ausdruck eindeutigen Bürgerwillens den Maßstab für das Handeln der politisch Verantwortlichen.

Im Zuge der Fortschreibung wurden alle sechs Kapitel

- 1 Innenstadt, Wohnen, Verkehrsentwicklung
- 2 Wirtschaft
- 3 Natur, Umwelt
- 4 Soziale Lebenswelt
- 5 Kultur, Freizeit und Tourismus
- 6 Bürger, Politik, Verwaltung

und somit alle Betätigungsfelder kommunalen Handelns intensiv analysiert, aktualisiert und modifiziert.

Der Bedarf, kaum 3 Monate nach der Verabschiedung des novellierten Leitbildes eine Bürgerbefragung zu initiieren, damit „Politik und Verwaltung eine wesentliche Grundlage für künftige Entscheidungen unter dem Aspekt der Kundenorientierung bekommen“ ist daher, insbesondere vor dem Hintergrund ökonomischen Verwaltungshandelns, nicht gegeben.

4 04 - 14 0387/2006 Verkaufsoffene Sonntage

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Eingabe wird im Zusammenhang mit TOP 7 (Vorlage Nr. 04-14 0388/2006) behandelt.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

5 01 - 14 0417/2006 Ersatzwahlen zu diversen Gremien

Mitglied Diekman benennt für den Betriebsausschuss KBE als neues Mitglied Sven-Kolja Hülsberg. Er stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt folgende Ersatzwahlen:

	Gremium	Mitglied	stellv. Mitglied
1.	Ältestenrat	Diekman, Rolf	Trüpschuch, Elke
2.	Ausschuss für Stadtentwicklung		Koston, Waldmar
3.	Wahlausschuss		Koster, Gregor
4.	Betriebsausschuss KBE	Hülsberg, Sven-Kolja	
5.	Aufsichtsrat EGD		Tenhaef, Alfred

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 6 01 - 14 0425/2006 **Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf am 05.04.2006 in Grevenbroich;**
hier: Beschluss über die Teilnahme von Rats - und Ausschussmitgliedern

Die Fraktionsvorsitzenden benennen ihre Mitglieder.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt gemäß § 7 Abs. 3 Buchst. a) der Hauptsatzung der Stadt Emmerich am Rhein die Teilnahme der Ratsmitglieder Gerhard Gertsen, Hermann Lang, Karl-Heinz Bongers und Christoph Kukulies an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf am 05.04.2006 in Grevenbroich.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 7 02 - 14 0418/2006 **Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2005**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Went teilt mit, dass die BGE-Fraktion sich, auch aus dem Grund, dass die Vorlage erst am Vorabend den Fraktionen zugeleitet wurde, enthält.

Beschluss

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein verweist die Vorlage an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses 2005 gem. § 101 Abs. 1 GO NW (a.F.).

Der Ausschuss hat sich gem. § 101 Abs. 6 GO NW zur Durchführung dieser Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes zu bedienen.

Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 9 Enthaltungen

- 10 04 - 14 0393/2006 E1 **Einrichtung weiterer Gruppen im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und Veränderung der Betreuungsmaßnahme "Schule von 8 bis 1"**

Herr Arntz erläutert den Beratungsstand aus dem interfraktionellen Gespräch mit dem Bürgermeister:

- Zur Finanzierung der in diesem Jahr neu einzurichtenden offenen Ganztagschule müssen die freiwilligen Leistungen, die bisher zur Finanzierung der Betreuung von 8 - 1 eingesetzt wurden, zu Gunsten der offenen Ganztagsgrundschule umgeschichtet werden.
- Die bisherigen Erzieherstellen (Halbtagsstellen) werden im Rahmen der offenen Ganztagschule benötigt, da die pädagogischen Qualitätsstandards für die offene Ganztagschule vorgegeben sind und hierfür einschlägig ausgebildete Fachkräfte benötigt werden. Für 8 - 1 gibt es keine vom Land vorgegebenen pädagogischen Standards. Dieses Angebot möchte die Stadt Emmerich als freiwilliges Angebot aufrecht erhalten. Es wird jedoch hinsichtlich der personellen Ausstattung als auch der

Finanzierung umgestellt werden müssen. Durch zwei Kräfte auf 400-Euro-Basis für jede Gruppe wird die Betreuung sichergestellt. Sofern pädagogisch vorgebildetes Personal auf 400-Euro-Basis gefunden wird, wird der Träger der Betreuungsmaßnahme dieses Personal auch einstellen.

- Der Elternbeitrag wird einkommensunabhängig auf 40 Euro/monatlich festgesetzt. Mit diesem Betrag und den gewährten Landeszuschüssen i. H. v. 4.000 Euro/je Gruppe kann die 8 - 1 Betreuung ohne den zusätzlichen Einsatz städtischer Mittel kostendeckend während der Schulwochen finanziert werden. Sollte der Bedarf auch an Brückentagen sowie in den Ferien bestehen, muss ein zusätzlicher Elternbeitrag zwischen 20 und 40 Euro festgesetzt werden. Diese Regelung sollte dann an allen Grundschulen ab dem Schuljahr 2006/2007 zusätzlich zur offenen Ganztagschule an den Schulen eingerichtet werden, an denen sie benötigt wird.

Mitglied Ulrich stellt den Antrag, wie von Herrn Arntz vorgetragen, zu beschließen.

Mitglied Siebers bedankt sich im Namen ihrer Fraktion, dass der Prüfauftrag aufgenommen und ein Kompromiss gefunden wurde. Sie schlägt vor, sollte Bedarf bestehen, eine Informationsveranstaltung einzuberufen, um die betroffenen Eltern entsprechend zu informieren.

Auch die BGE-Fraktion schließt sich dem von Herrn Arntz Vorgetragenen an.

Mitglied Bongers spricht die Formulierung des Punktes 4 des Beschlusses an in der steht in der pädagogischen Qualität reduziert und als reine Betreuungsmaßnahme,..... Seine Fraktion legt Wert darauf, dass die Betreuungsmaßnahme in einer qualitativen Maßnahme fortgeführt wird.

Der Vorsitzende legt dar, dass aus heutiger Sicht Erzieherinnen auf dem Arbeitsmarkt auf 400 Euro Basis zur Verfügung stehen. Für die Zukunft kann dieses natürlich nicht garantiert werden. Es wird auf jeden Fall versucht, Personal zu finden, welches dem pädagogischen Anspruch entspricht.

Mitglied Sickelmann bittet, den Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.

Mitglied Sandra Bongers macht auf entsprechende Äußerung von Mitglied Sickelmann deutlich, dass im Sommer eine Sitzung des Schulausschusses einberufen wird, um einen Sachstandsbericht über die Erfahrungswerte darzulegen.

Mitglied Gertsen schlägt vor, diesen Teil aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen und den Beschlussvorschlag zu Punkt 4 wie folgt zu formulieren:

Die Betreuungsmaßnahme "Schule von 8 bis 1" wird ab Beginn des Schuljahres 2006/2007 als eine Betreuungsmaßnahme, die ausschließlich durch Elternbeiträge und Landesmittel finanziert wird, fortgeführt.

Die Mitglieder des Rates sind mit dieser Änderung einverstanden und der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss

1. Der Rat nimmt das Ergebnis der Elternbefragung zur Einrichtung weiterer Gruppen "Offene Ganztagschule im Primarbereich" zur Kenntnis.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Einrichtung weiterer Gruppen vorzunehmen, sofern das Ergebnis der Elternbefragung durch konkrete Anmeldungen bei einem verbindlichen Anmeldetermin an den entsprechenden Schulen bestätigt wird.
3. Der Rat beschließt, die entsprechenden Finanzmittel im Rahmen des Budgets 400 400 'Allgemeine Schulverwaltung und Schulen' bereitzustellen und die entsprechenden Haushaltspositionen in der Einnahme und in der Ausgabe für das Haushaltsjahr 2006 anzupassen.
4. Die Betreuungsmaßnahme "Schule von 8 bis 1" wird ab Beginn des Schuljahres 2006/2007 als eine Betreuungsmaßnahme, die ausschließlich durch Elternbeiträge und Landesmittel finanziert wird, fortgeführt.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 04 - 14 0404/2006 E2 Satzung über die Erhebung von Gebühren im Rahmen der "Offenen Ganztagschulen im Primarbereich " der Stadt Emmerich am Rhein ;
hier: Anpassung der Gebühren gemäß § 2**

Mitglied Ulrich stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschluss

Der Rat beschließt, die in § 2 Abs. 1 der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Rahmen der "Offenen Ganztagschulen im Primarbereich" der Stadt Emmerich am Rhein vom 15.03.2005 festgelegten Gebühren wie folgt anzupassen:

Einkommensgrenzen analog § 17 GTK NRW	Gebühr
bis 12.271 Euro	10 Euro
bis 18.406 Euro	35 Euro
bis 24.542 Euro	50 Euro
bis 36.813 Euro	70 Euro
bis 49.084 Euro	90 Euro
bis 61.355 Euro	110 Euro
über 61.355 Euro	150 Euro

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8 02 - 14 0411/2006 E1 Haushaltssatzung 2006;
hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende gibt das Wort an die Vorsitzenden der im Rat vertretenden Fraktionen.

Mitglied Gertsen, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist wieder so weit, der zweite budgetierte Haushalt liegt zur Verabschiedung vor. In den letzten Wochen wurde er in den einzelnen Ausschüssen beraten und noch mit aktuellen Positionen versehen. Sie werden es mir nachsehen, wenn ich nicht auf einzelne Haushaltspositionen eingehen und hier Zahlen vortrage, die jedermann nachlesen kann. Man sprach im Vorfeld von einem unspektakulären Haushaltsentwurf, was immer das auch ist. Der 1768 verstorbene britische Schriftsteller Lawrence Sterne hat es seinerzeit einmal so formuliert: Das Aufstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen. Einmal abgesehen von der Tatsache, dass jeder Fachbereich wahrscheinlich gerne noch etwas an Finanzmitteln zur Verfügung gehabt hätte, um die ein oder andere Position noch finanzieren zu können, und so manche Kollegin und mancher Kollege hier am Tisch noch viele gute Ideen hätte, die man finanzieren sollte, so glaube ich, hält sich die Enttäuschung durchaus in Grenzen.

Auch für das kommende Haushaltsjahr werden keine Steuererhöhungen beschlossen. Es mussten bei den verbleibenden sogenannten freiwilligen Leistungen keine Kürzungen vorgenommen werden, und zudem werden wir im laufenden Jahr in einem Umfang von ca. 8,7 Mio. Euro investieren: in eine neue Turnhalle, in die Neugestaltung des Parkplatzes Hinter dem Engel, den Marktplatz in Elten und nicht zuletzt in die Rheinpromenade. Das ist für eine Stadt unserer Größenordnung in diesem Umfang gewaltig und eher ungewöhnlich. Das ist uns in diesem Umfang aber auch nur deshalb möglich, weil Emmerich zu den Städten gehört, die sich nicht im Haushaltssicherungskonzept befinden. Das ist auch gut so, denn wir haben für die Zukunft noch weitere kostenträchtige Projekte vor der Brust. Die Rheinpromenade, deren Fertigstellung wir entgegensehen und ich denke mal auch entgegensehnen, gehört zu den Projekten, die uns durch Vorgaben des Landes aufs Auge gedrückt wurden und um die wir uns nicht beworben haben. Wenn das Land Nordrhein-Westfalen an die Bewilligung von Zuschüssen Bedingungen knüpft, die von der Kommune auch eingehalten werden, die Zuweisung der Zuschüsse sich aber verzögert, dann ist das für die Stadt verdammt ärgerlich und macht die Finanzierung wesentlich schwieriger. Aber das ist kein Grund, bei jeder unpassenden Gelegenheit die Sinnhaftigkeit sämtlicher Maßnahmen in Frage zu stellen.

Zum einen glaube ich, dass die zugesicherten Zuschüsse auch in diesem Umfang fließen werden, nicht zuletzt um der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit von Finanzausgaben und zum andern glaube ich, dass die Maßnahmen sinnvoll und ausgesprochen gelungen umgesetzt wurden und werden. Die Promenade wird nach ihrer Fertigstellung zu einem Magneten für diese Stadt und der Alte Markt, der seit Planungsbeginn fester Bestandteil des Promenadenumbaus ist, wird nach seiner Fertigstellung so etwas wie die Einladung an unsere Besucher von der Promenade in die Stadt sein. Von der Kaßstraße über die Promenade und dem Bereich Alter Markt, Fischerort und Christoffelstraße sind wir dann hoffentlich für lange Zeit frei von weiteren Baumaßnahmen. Anwohner und Betreiber von Geschäften und Lokalen und unsere auswärtigen Gäste werden die Bagger nicht vermissen. Die Stadt hat dann einen wesentlichen Beitrag geleistet zur Umfeldverbesserung in der Innenstadt. Doch damit ist es nicht getan.

Ich glaube, dass am Erscheinungsbild mancher Geschäfte ebenso noch etwas gefeilt werden muss, wie an der Vereinheitlichung oder richtiger der Verbindlichkeit von Ladenöffnungszeiten. Ich hoffe, dass der Zuspruch unserer Besucher, die in Zukunft kommen werden, den Kaufleuten den entsprechenden Rückhalt geben wird. Wir werden, wie gesagt, in diesem Jahr den Ausbau des Parkplatzes Hinter dem Engel in Angriff nehmen, um die Parkplatzsituation weiter zu verbessern. Dies ist ein weiteres Mosaikstück in der Umfeldverbesserung der Innenstadt. So wie in einem Mosaik jeder Stein zu einem fertigen Bild beiträgt, so ist jede Maßnahme in der Innenstadt ein Mosaikstein im Erscheinungsbild unserer Stadt.

Und eigentlich wollte ich das Wort Stein in meiner Rede tunlichst vermeiden. Es gehört wohl zu den am häufigsten benutzten Worten in Emmerich. Und wenn es dem geneigten Kritiker gelingt, im Zusammenhang mit Steinen noch das Wort grau mit einzubinden, so ist ihm eine halbe Zeitungsseite fast sicher. Farbschattierungen in beige oder muschelkalk sind bei einigen Zeitgenossen in der Wahrnehmung tendenziell auch nur grau und damit von Übel. Zu Zeiten, da nicht in dem Maße gepflastert wurde wie heute, sondern überall eine Teerschicht aufgebracht wurde, war grau in der Wahrnehmung wohl irgendwie anders. Ich hoffe, dass diese Kleindiskussion bald ein Ende findet, und es uns gelingt, gemeinsam die Kraftanstrengungen darauf zu konzentrieren, bei Bund, Land und Bahn das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass weitere Untätigkeit auf deutscher Seite die Stadt Emmerich am Rhein von Elten bis Praest teilen wird. Wenn die Betuwe im Jahre 2007 die Taktzeiten weiter verdichtet; dann teilt sich die Stadt in den Teil Emmerich am Rhein und den weiteren Teil Emmerich hinter der Bahn. Ein problemloser Übergang wird dann nur noch an wenigen Stellen, die es schon jetzt auf der Strecke gibt, möglich sein und mit sehr viel Zeitaufwand und Glück an den reflexartig geöffneten Schranken. Wir Menschen sind in der Lage, Menschen auf den Mond zu bringen und das Universum zu erkunden, aber Verwandtschaftsbesuche über die Bahnlinie hinweg, werden zu Tagesausflügen und landwirtschaftliche Lohnunternehmer werden fortan ihr Grundgehalt durch Wartezeiten sicherstellen können. Die Frage wird nur sein, wer das finanzieren kann. Mit welcher Geschwindigkeit die Bahn ihre Projekte abwickelt, haben wir in Elten am Bahnübergang erleben dürfen und erleben es zur Zeit von Vrasselt bis Praest. Lärmschutz, drittes Gleis und vor allem das Thema Bahnübergänge werden zukünftig ein Betätigungsfeld für engagierte Bürger mit vielfältigen Kontakten sein und denen, die gerne Briefe schreiben. Ich rufe dazu auf, nicht allein die Lokalredaktionen zu beschäftigen, sondern schreiben sie ihren Unmut an die Vertreter von Bund, Land und Bahn, um auf die drohende Situation entlang der Bahnlinie aufmerksam zu machen. Seit dem vergangenen Jahr ist Emmerich als Optionsgemeinde für die Hartz IV Empfänger die zuständige Anlaufstelle. Mit viel Engagement sind die Mitarbeiter der Verwaltung bemüht, den Menschen, die zu ihnen kommen, wieder eine Perspektive zu geben. Diese Perspektive wird in vielen Fällen auch in Zukunft nicht erster Arbeitsmarkt heißen. Den Menschen aber eine sinngebende Beschäftigung zu verschaffen, wird für den sozialen Frieden in unserem Land von großer Bedeutung sein.

Den neuen Formen von Beschäftigung in Form von 1-Euro-Käften haben bereits zu einem erkennbaren Veränderungsprozess auch in unserer Stadt geführt. Das Erscheinungsbild unserer Stadt ist sauberer geworden. Was die einen achtlos wegwerfen oder verunstalten, wird von ihnen wieder hergerichtet und dafür gebührt ihnen gesellschaftliche Anerkennung. Überhaupt wird das Thema bürgerschaftliches Engagement in Zukunft einen noch größeren Stellenwert bekommen, angesichts leerer Kassen. Das, was in den verschiedensten Vereinen und Verbänden mit unterschiedlicher Zielrichtung geleistet wird, kann eine Kommune selbst nicht aufbringen und leisten. Es wird daher immer nur möglich sein, Rahmenbedingungen zu schaffen und dort zu unterstützen, wo es notwendig und möglich ist. Die Veränderungen in unserer Gesellschaft und damit einhergehend in den Familien, wird von uns in den nächsten Jahren noch eine gewaltige Kraftanstrengung abverlangen. Die Arbeit in Kindergärten und Schulen wird den Veränderungen der Gesellschaft Rechnung tragen müssen.

Das wird Veränderungen in der Betreuung mit sich bringen, wenn Kinder mit zwei Jahren bereits in den Kindergarten gehen und die Nachfrage nach Plätzen in der geregelten Ganztagschule werden weiter zunehmen. Auch hier werden wir schauen müssen, ob hierzu befähigte Menschen sich dort in irgendeiner Weise einbringen können. Die Arbeit als Seniorenbegleiter oder in der Hospizbewegung wird in einer älter werdenden Gesellschaft mit verändertem Familienbild weiter an Bedeutung gewinnen. Es gibt in unserer Stadt vielfältige Möglichkeiten, sich ehrenamtlich einzubringen, und diese Stadt wäre arm dran, wenn sich nicht schon sehr viele Menschen dort betätigen würden. Ihr Einsatz kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn vergelten lässt er sich nicht.

Bevor ich zum Schluss komme, darf ich namens der Fraktion dem Bürgermeister, dem Beigeordneten und dem Kämmerer sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Gesellschaften sowie der Eigenbetriebe ganz herzlich Dank sagen für ihren Einsatz, für die Unterstützung der politischen Arbeit und der in den weitaus meisten Fällen bürgernahen und pragmatischen Umsetzung von Anliegen aus der Bürgerschaft.

Ich beantrage für die CDU, der vorliegenden Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2006 mit Haushaltsplan und Anlagen und mit den Änderungen der vorliegenden Veränderungsliste im Stellenplan 2006 sowie dem Investitionsprogramm 2006 bis 2009 die Zustimmung zu erteilen."

Mitglied Diekman, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, eigentlich hatte ich nach dem Emmericher Neujahrsempfang im Januar gar nicht mehr damit gerechnet, dass es zur heutigen Sitzung kommt. Der Bürgermeister hatte ja schon alle Eckdaten des neuen Haushalts verkündet und ich hatte geglaubt, das sei einer der neuen Rationalisierungsmaßnahmen des NKF, des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Der Bürgermeister erklärte den Bürgern, den noch gar nicht verabschiedeten Haushalt. Der Rat kann sich auf wichtige Dinge konzentrieren und die Stadt spart auch noch Sitzungsgeld. Jetzt, wo ich feststelle, dass doch noch ein Ratsbeschluss erforderlich ist, möchte ich anregen, künftig wieder die alte Reihenfolge einzuhalten: Der Bürgermeister stellt seine Vorschläge zum Haushalt vor, der entscheidet dann und dann kann der Bürgermeister sagen, ob die Steuersätze sich ändern oder ob die freiwilligen Leistungen angepasst werden müssten.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, auch der Emmericher Haushalt des Jahres 2006 kann sich sehen lassen. Wir sind nach wie vor in der Lage, unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen, daneben erhebliche freiwillige Leistungen zu erbringen und zusätzlich noch Millionenbeträge zu investieren. Siehe die neue Gestaltung der Stadt und siehe die Rheinpromenade. Welche Stadt kann sich dies schon erlauben, in diesen Zeiten. Stolz sind wir darauf, dass wir unser bisher schon vorbildliches Angebot bei der Kinderbetreuung jetzt um die OGATA erweitern können und gleichzeitig da, wo die Eltern lediglich eine Betreuung in der Schule von 8 bis 1 wünschen, unseren bisherigen Standard halten können. Mit diesen Angeboten kann sich unsere Stadt auch im regionalen Vergleich sehen lassen. Genauso stolz können wir darauf sein, dass wir es geschafft haben, ein mehrjähriges Investitions- und Ausbauprogramm für Rheinpromenade und Innenstadt zu planen, zu finanzieren - jedenfalls bis jetzt - ohne große Probleme auch umzusetzen. Keine Maßnahme in Emmerich ist bisher so gründlich vorbereitet worden. Noch nie hat es eine so umfangreiche Beteiligung von Bürgern und Interessenvertretern an unseren Planungen gegeben. Mit Bedauern stellen wir fest, dass einige wenige, die entweder bisher die Mitwirkungsangebote nicht wahrgenommen haben oder die sich nicht ausreichend berücksichtigt fühlen, in der Schlussphase glauben, das Planungskonzept könne noch einmal vollständig neu diskutiert werden. Wir sind dazu nicht bereit, weil das die Bürger vor den Kopf stoßen müsste, die an den jetzt vorliegenden Planungen mitgewirkt haben und denen ich dafür an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

Schlimm ist, wenn einzelne Ratsvertreter sich über viele Monate an den Planungen beteiligen, um dann im Nachhinein, als selbsternanntes Sprachrohr von Einzelinteressen, diese Planungen öffentlich zu kritisieren. Soviel Gedächtnisverlust ist alleine mit fortgeschrittenem Alter nicht zu erklären, auch Kommunalpolitik kann man seriös betreiben. Wie schon in den vergangenen Jahren haben wir Vertrauen auf die jahrelange Förderpraxis des Landes und die vorrangige Einstufung des Regionalrates, die uns zustehenden Fördermittel für die Sanierung von Rheinpromenade und Innenstadt vorfinanzieren. Wir konnten das tun, weil uns erklärt wurde, dass ein Baubeginn vor Erteilung des Förderbescheides nicht förderschädlich sei und dieses in der bisherigen Förderpraxis eine Förderzusage gleichkam. Zudem hat ein Landesminister, ich glaube es war vor zwei Jahren kurz vor der Kommunalwahl, bei Besuchen in Emmerich die Förderung in Aussicht gestellt. Ich will deshalb auch weiterhin davon ausgehen, dass die Mittel letztlich bewilligt werden. Wenn ich aber ernst nehmen soll, was der neue Landesminister Wittke zu diesem Thema anlässlich der Containerbrückeneinweihung gesagt hat, dann stellen sich schon drängende Fragen, u. a. nach der langfristigen Solidarität unserer Haushaltsplanung. Bisher galt, dass man sich darauf verlassen konnte, dass in Aussicht gestellte Landesmittel auch fließen, unabhängig von der Frage, wer regiert. Die Kreis Klever CDU ist in der jetzigen Landesregierung prominent vertreten. Es ist an der Zeit, dass diese Vertreter deutlich machen, dass auch die CDU-Landesregierung Wort hält. Da hilft es auch nicht, dass Herr Palmes öffentlich auf fehlendes Geld hinweist. Unstreitig werden im Lande nach wie vor jährlich hunderte von Millionen Euro für Städtebauförderung ausgegeben. Die Frage ist deshalb nicht ob gefördert wird, sondern wo gefördert wird. Zu befürchten ist, dass Minister Wittke, der ja vorher Oberbürgermeister in Gelsenkirchen war, die Förderungsschwerpunkte eventuell zu unseren Lasten ins Ruhrgebiet verlagert. Es ist dringend angeraten, dass Sie Herr Diks und die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen und Einfluss nehmen.

Auch zur neuen Autobahnabfahrt an der Netterdenschen Straße hat Herr Wittke sich ja geäußert. Er hat die Planfeststellung für 2008 in Aussicht gestellt, schön, auch in Ordnung, aber damit ist noch lange nicht finanziert und gebaut. Verschwiegen hat der Minister zudem, dass der von den Emmerichern für dringend erforderlich gehaltene Ausbau der Netterdenschen Straße eine Landstraße aus Landessicht entfallen soll - man erwartet dort eine kommunale Lösung, d. h., eine neue Anbindung über das Gewerbegebiet Emmerich-Ost 4. Wir wissen aber, dass die Anbindung über das Gewerbegebiet überhaupt noch nicht geplant ist und das in den Sternen steht, ob und wenn ja, wann sie kommt. Das wiederum heißt, dass wir davon ausgehen können, dass der Verkehr von der neuen Abfahrt über die heutige Netterdensche Straße geführt werden soll. Zwischenzeitlich hat das ja auch der Landesbetrieb Straßenbau öffentlich bestätigt. Die neue Abfahrt wird den Schwerlastverkehr zu allen Emmericher Gewerbegebieten und zum Hafen aufnehmen müssen und dazu den PKW-Verkehr. Die Abfahrt wird einfach die kürzeste Verbindung zur Autobahn sein. In aller Klarheit, die Netterdensche Straße in dem heutigen Ausbauzustand kann diesen Verkehr nicht aufnehmen. Unübersichtliche Kurven mit Grundstückszufahrten, landwirtschaftlicher Anliegerverkehr und fehlende Radwege kennzeichnen die heutige Situation. Zudem ist die Kreuzung der Netterdenschen Straße mit der Weseler Straße schon heute problematisch. Hier muss, wenn die Abfahrt fertig gestellt wird, ein Kreisverkehr oder eine Ampel her. Wir dürfen uns die Risiken nicht wegwünschen, und erst dann handeln, wenn die ersten Unfälle geschehen sind. Deshalb genau so klar mit unserem Widerstand muss rechnen, wer die Autobahnabfahrt an der Netterdenschen Straße ohne den dazugehörigen Straßenbau in Betrieb nehmen will.

Zurück zum Haushalt. Wir wenden jährlich erhebliche Mittel für die Wirtschaftsförderung und die Tourismusförderung auf. Im Grundsatz gut angelegtes Geld. Dennoch, Wirtschaftsförderung, so wie man sie heute gemeinsam mit unseren Partnern in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft betreiben, heißt bisher vor allen Dingen Stadtmarketing.

Mit der Vermarktung des neuen Gewerbegebietes, aber vor allem mit dem Abzug der Bundeswehr kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Wir müssen uns fragen, ob wir darauf strategisch und personell ausreichend vorbereitet sind. Die SPD-Fraktion legt großen Wert darauf, dass wir diese Fragen jetzt beantworten. Wir erwarten deshalb, dass der Bürgermeister hierzu in einen Dialog mit den Partnern in der WFG, aber auch mit den Fraktionen eintritt. Zur Nutzung des Bundeswehrgeländes haben wir mit dem Ratsbeschluss zudem festgelegt, dass die Stadt einen breiten Meinungsbildungsprozess mit den Bürgern organisiert. Damit können wir nicht erst beginnen, wenn die Soldaten uns verlassen haben. Wir möchten deshalb gerne wissen, wann der Bürgermeister zu solchen Gesprächen einladen will. Zu einem vernünftigen Stadtmarketing gehört nach unserer Meinung auch, dass das zu vermittelnde Image und die raue Wirklichkeit in einer Stadt nicht allzu weit auseinander klaffen. Sauberkeit und Grünflächenpflege sind nicht nebensächlich, wenn es uns damit ernst ist, ein positives Bild von Emmerich zu vermitteln. Da kommt auf dem Bauhof schon allein durch die Öffnung der Rheinpromenade eine Menge Verantwortung zu. Wir erwarten vom Bürgermeister, dass sich die Fehler bei der Reinigung der Kaßstraße an der Rheinpromenade nicht wiederholen, sonst droht hier genau so unnötig, wie bei der Kaßstraße, ein weiterer Schaden.

Aber auch die Grünflächenpflege darf nicht vernachlässigt werden, auch nicht in Ortsteilen und in Wohngebieten. Schon bei der Anlage von Straßen und Wohngebieten muss vielmehr als bisher darauf geachtet werden, dass der Pflegeaufwand begrenzt wird. Bei bestehenden Wohngebieten rege ich an, zu prüfen, ob Pflegeflächen auf Anwohner übertragen werden können, so z. B. durch Patenschaften, damit könnte Geld für die Stadt bei der Pflege gespart werden.

Zum letzten Haushalt hatten wir die Erwartung ausgedrückt, dass sich die Verwaltung mit Nachdruck um die Erschließung von Effizienzpotenzialen beim Immobilienmanagement kümmert. Die Verwaltung hat dann auch kurze Zeit darauf in einer Vorlage wortreich erklärt, was dazu alles getan werden müsse, nur unsere Meinung ist bis jetzt, dass noch nicht das Richtige passiert ist. Wenn wir auch weiterhin ausgeglichene Haushalte erreichen wollen, können wir es uns aber nicht leisten, Einsparungspotenziale in Verwaltung nicht zu nutzen. Das finanzpolitische Klima wird in den nächsten Jahren rauer, da sind wir uns ganz sicher. Die Diskussion um die Zuschüsse zur Rheinpromenade zeigt, wohin die Reise geht. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal eindringlich anmahnen, dass die Verwaltung auch hier ihre Hausaufgaben macht.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Haushalt für das Jahr 2006 in der jetzt vorliegenden Form zeigt, dass eine Stadt auch in finanzpolitisch schweren Zeiten Gestaltungsspielräume hat, die sie nur nutzen muss. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2006 zu."

Mitglied Beckschaefer, Vorsitzender der BGE-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Etat-Entwurf 2006 ist der zweite von einem wirtschaftlich orientierten Bürgermeister eingebrachte städtische Haushalt und gleichzeitig auch der zweite Haushalt mit einem Budgetierungskonzept.

Gleichwohl die Zwänge verwaltungsrechtlicher Vorschriften und dadurch teilweise schlechter Vergleichbarkeit mit den Vorjahren durchaus gegeben sind, erkennen wir sehr wohl die Bemühungen einer Haushaltskonsolidierung mit einer zukunftsorientierten inhaltlichen Gestaltung der Verwaltung.

Positiv sehen wir die Aktivitäten zur Verwaltungsumstrukturierung durch Umsetzung des Allevo-Gutachtens. Daraus werden mit Sicherheit auch stärkere Kontroll- und Überwachungsmechanismen in der Ablauforganisation resultieren, die bekanntlich notwendig sind und von uns auch immer wieder gefordert werden.

Positiv sind die Aussichten, dass das RheinCenter nun belebt werden soll und damit doch noch ein Magnet für die Innenstadt werden könnte.

Allerdings darf der noch ausstehende Kaufpreis von 125.000 € nicht vergessen werden, er darf auch nicht gegen einen evtl. Umbau gegengerechnet werden.

Positiv wirken sich die Maßnahmen zur verbesserten Sauberkeit in der Innenstadt aus. Schön, dass unser S.O.S.-Antrag wenigsten teilweise umgesetzt wird, wenngleich Sicherheit und Ordnung jetzt auch schnellstens angepachtet werden müssen.

Da meine Ratskollegen und die Verwaltungsspitze sicherlich von der BGE-Fraktion konstruktive Kritik erwarten, gestatten Sie mir nun folgende Anmerkungen:

Kritisch sehen wir nach wie vor die zu schwachen Einsparbemühungen der Verwaltung. Von einer jährlichen 5 %igen Kürzung der Verwaltungsausgaben können wir nichts erkennen. Erschwerend kommt dazu, dass Haushaltsansätze kaum mit echten Zahlen der Vergangenheit verglichen werden können, bedingt durch andere Zuordnungen - so z. B. sächliche Verwaltungskosten.

Kritisch sehen wir die Einhaltung der Personalkosten, denn in den letzten Jahren wurden sie gegenüber dem Ansatz immer überschritten. Ich erspare Ihnen hier die genauen Zahlen, Sie kennen sie ja alle. Sie wissen auch, dass Emmerich im Kreis Kleve die höchsten Personalkosten hat, wie eine aktuelle GPA-Studie ergeben hat.

Kritisch bewerten wir die neue Kreditaufnahme von immerhin 2,6 Mio. €, immerhin haben wir den höchsten Schuldenstand seit zig Jahren, und damit verbinden wir nochmals unseren Appell, nicht absolut notwendige Maßnahmen, wie Alter Markt oder Tempelstraße, zu stoppen. Dies würde uns immerhin jetzt ca. 600.000 € ersparen.

Kritisch bewerten wir einige kontrovers diskutierte Baumaßnahmen - ich sage nur Pavillons und Alter Markt - die gegen den Willen der Bürgerschaft mit einem Hauruckverfahren durchgepeitscht werden sollten. Die gesamte Innenstadt wird umgekrempelt und den Bürgern nun simpel Desinteresse vorzuwerfen, ist kontraproduktiv im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Wenn sogar Ratsmitglieder eingestehen müssen, Details nicht richtig erkannt zu haben, wie kann man es dann vom Bürger erwarten?

Zurück zum reinen Zahlenwerk: Kritisch sehen wir die Finanzplanung der nächsten Jahre, wo kein struktureller Ausgleich mehr möglich sein wird. Kritisch sehen wir auch die Tatsache, dass immerhin nur durch Verwendung von rd. 6 Mio. € aus Energieentgelten und Gebühreneinzahlungen der städtische Haushalt am Laufen gehalten werden kann.

Denn die Stadtwerke finanzieren mit ca. 0,8 Mio. den Hafen, mit ca. 1,2 Mio. das Schwimmbad und zahlen ca. 2 Mio. Konzessionsabgabe an die Stadt, die auch vom Energiebezieher finanziert werden müssen. Das sind schon 4 Mio. €. Der Gewinn der EGD von ca. 1 Mio. € wird ebenfalls an die Stadtkasse überwiesen. Das alles sind schon 5 Mio. €. Von KBE und TWE kommen an Gewinnabführung und Verzinsung des Eigenkapitals noch mal rd. 1 Mio. €, die der Gebührenzahler über seine Abwassergebühren bezahlt. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Gebühren- und Entgeltzahler das noch mitmachen. Deswegen nochmals unsere Aufforderung: Sparen, wo es nur eben möglich ist.

Die BGE-Fraktion will aber selbstverständlich auch konstruktive Anregungen bringen: Anregen wollen wir, die Einnahmesituation der Stadt dadurch zu verbessern, indem ernsthaft über eine seit 2005 mögliche Gewinnabführung der Stadtparkasse an die Stadt nachgedacht und diskutiert wird. Denn wir dürfen uns nicht jedes Jahr darauf verlassen, dass die Gewerbesteuererinnahmen doch wieder beträchtlich höher ausfallen.

Anregen wollten wir auch eine sachlich geführte Diskussion über die Höhe unserer Sozialausgaben, denn Emmerich hat nach wie vor die höchste Sozialhilfedichte im Kreis Kleve. Und dabei wollen wir, das sage ich ausdrücklich, sozial Schwache keineswegs benachteiligen, sondern nur ernsthaft Tatsachen prüfen und eventuelle Überangebote im Betreuungssystem abgebaut wissen. Angeregt haben wir offensichtlich bereits, und das durch jahrelanges beharrliches Nachhaken, dass nun eine Art Verkehrs- und Verschönerungsverein für Alt-Emmerich gegründet werden soll, wie diese in den Ortsteilen bereits seit Jahren vorhanden sind. Wenn wir die Berichterstattung richtig verstehen, wird jetzt auch über unseren alten Vorschlag nachgedacht, einen Ortsvorsteher für Alt-Emmerich einzurichten.

Angeregt haben wir bei der Verwaltung auch schon die bessere Ausformulierung von Budgetzielen und Kennzahlen, da diese ja Grundlage der künftigen ergebnisorientierten Steuerung der Politik sind. Dazu haben wir der Verwaltung entsprechende Vorschläge und Empfehlungen gegeben. Wir gehen davon aus, dass auch die anderen Fraktionen unsere Vorschläge unterstützen, damit unsere Verwaltung den Anforderungen der Neuen Steuerung gerecht wird.

Ich komme zum Schluss. Emmerich ist auf einem guten Weg, ein Umdenkprozess ist eingeleitet und wir wollen uns einer positiven Wegbegleitung nicht verschließen. Und deswegen stimmen wir dem Haushaltsplanentwurf 2006 zu, nach langen und intensiven Diskussionen in unserer Fraktion, aber auch mit einigen Bauchschmerzen. Den Haushaltspositionen "Umgestaltung Alter Markt und Tempelstraße" stimmen wir ausdrücklich nicht zu. Dies bitten wir im Protokoll festzuhalten.

Den Emmericher Bürgern danken wir für ihr Interesse an ihrer Stadt, das sie in letzter Zeit nicht nur gezeigt, sondern auch geäußert haben. Wir regen bessere und frühzeitige Informationen für zukünftige Planungen an. Damit wird mit Sicherheit eine höhere Resonanz und vielleicht sogar auch eine höhere Akzeptanz bei den Bürgern erreicht. Denn nur ein gut informierter Bürger ist auch ein mündiger Bürger.

Ich danke Ihnen."

Mitglied Siebers, Vorsitzende der Ratsfraktion "Die GRÜNEN":

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Grünen sind eine ökologische Partei, die sich Nachhaltigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat. Nachhaltigkeit heißt, mit den vorhandenen Ressourcen, sei es Fläche oder Finanzen, verantwortlich umzugehen. Eine Rahmenbedingung auf kommunaler Ebene ist eine solide kommunale Haushaltspolitik. Was für den privaten Haushalt gilt, das gilt auch für die Haushalte der öffentlichen Hand: Einnahmen und Ausgaben müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Nun zum Zahlenwerk:

Der Verwaltungshaushalt, also unser städtisches Girokonto, aus dem wir den laufenden Betrieb bezahlen, sollte uns Mahnung genug sein. Um den strukturellen Ausgleich zu erhalten, benötigen wir wiederum den Überschuss aus dem Vermögenshaushalt sowie aus der allgemeinen Rücklage und das immerhin in einer Höhe von 1.812.141,-- €.

Trotz unserer guten Finanzkraft aufgrund der wiederum erfreulichen Gewerbesteuerentwicklung ist diese Zuführung notwendig, obwohl es doch eigentlich so sein sollte, dass aus dem Verwaltungshaushalt ein Betrag dem Vermögenshaushalt zugeführt werden sollte. Als steuerstarke Gemeinde haben wir durch das Fehlen der Schlüsselzuweisungen, dem fehlenden Ausgleich nach dem Solidaritätsbeitragsgesetz und der höheren Kreisumlage sozusagen eine dreifach negative Wirkung unserer hohen Steuerkraft zu verkraften. Mit der Budgetierung können wir grundsätzlich zufrieden sein. Die Fachbereiche konnten auf dem gleichen Level gehalten werden oder sich sogar verbessern. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit recht herzlich bedanken. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass sich die Zuschüsse an Eigenbetriebe und Gesellschaften von 3,8 auf 4,2 Millionen erhöht haben. Ein weiterer Kritikpunkt ist die negative Auswirkung des Zinssatzes für die Eigenkapitalverzinsung der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein, der von 8 auf 7 % gesenkt wurde, wodurch immerhin 140.000,-- € weniger für den städtischen Haushalt im Bereich der Abwasserbeseitigung zur Verfügung stehen. Hier wird unsere immer wieder vorgetragene Ablehnung gegen die Privatisierungswelle leider nur zu deutlich. Wie auch in anderen Gemeinden müssen wir die Erfahrung machen, dass Privatisierungen oft zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Dies möchte ich am Beispiel der Entwässerungsmaßnahmen Leege Weide, die durch die Technischen Werke Emmerich ausgeführt wurden, verdeutlichen. Die tatsächlichen Baukosten beliefen sich auf 285.811,00 €.

Wir zahlen aufgrund der hohen Zinsbelastung fast das Doppelte dafür, nämlich 569.000,-- €. Die Verzinsung ist nämlich wesentlich höher als bei Inanspruchnahme kommunaler Kredite. Es bleibt somit festzuhalten, dass die Ausgliederung kommunaler Betriebe für den städtischen Haushalt offensichtlich nicht so vorteilhaft ist, wie die Mehrheitsfraktionen dies immer proklamieren. Zum Vermögenshaushalt ist festzustellen, dass unser Investitionsvolumen mit 8,7 Mio. beachtlich ist. Der Umgestaltung der Innenstadt konnten wir nicht in allen Punkten zustimmen. Das Ausrufen der "Neuen Mitte Kaßstraße" oder die Öffnung der Steinstraße für den Autoverkehr hat nicht zu der gewünschten Aufwertung der Steinstraße geführt. Mittlerweile ist ein großer Teil des Gebäudebestandes dem Verfall preisgegeben. Hier erwarten wir Vorschläge der Verwaltung, wie wir dem katastrophalen Zustand entgegenwirken können. Bei der Gestaltung der Innenstadt haben die GRÜNEN immer wieder versucht, das Empfinden der Bürgerinnen und Bürger in die unterkühlten Planungsvorschläge einzubringen. Leider hatten wir nur an der Rheinpromenade zum Teil Erfolg. Erst durch die Umsetzung des von uns vorgeschlagenen und von anderen belächelten 1:1-Modells des geplanten ICE-Pavillions, wurde Schlimmeres verhindert. Dennoch sind insgesamt die Fertigstellung der Rheinpromenade und der Bau der Turnhalle an der Europa Hauptschule doch positiv zu bewerten. Positiv ist auch, dass unsere Verschuldungsgrenze niedriger als erwartet ausfällt. Und mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 628 € liegen wir immerhin noch unter dem Landesdurchschnitt von rund 1000 €. Wir begrüßen es außerdem ausdrücklich sehr, dass sich an den freiwilligen Leistungen nichts verändert hat. Wer sparen will muss Verwaltung und deren Abläufe optimieren. Hier sind wir mit der Umsetzung des Organisationsgutachtens auf einem guten Weg. Positiv ist anzumerken, dass die Qualität bei der Dienstleistung für Bürgerinnen und Bürger sich durch die Eröffnung des Bürgerbüros mit kundenfreundlicheren Öffnungszeiten deutlich verbessert hat. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die angespannte Haushaltslage uns zwar wenig Gestaltungsspielraum lässt. Anstatt Wohltaten zu verteilen, mussten wir gegen unsere innere Überzeugung auch berechnete Wünsche und Anliegen ablehnen. Aus unserer Sicht kritische Punkte haben wir angesprochen, diese wiegen jedoch nicht so schwer, dass wir deswegen den Haushaltsplan 2006 ablehnen müssten.

Die Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN stimmt hiermit dem Haushaltsplan 2006 zu. Zum Schluss meiner Rede möchte ich mit einem Zitat eines amerikanischen Erfinders alle Bürgerinnen und Bürger Emmerichs auffordern, sich um die Belange der Kommunalpolitik zu kümmern: Die Zukunft muss jeden interessieren, weil er den Rest seines Lebens darin verbringt!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

FDP-Ratsmitglied Kukulies:

"Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
im Jahr der WM in Deutschland möchte ich mit einer Fußballweisheit beginnen: Der Ball ist rund. Nach meinem Dafürhalten ist auch der Haushalt eine runde Sache. Der Haushalt ist ausgeglichen, es werden keine Steuern erhöht und freiwillige Ausgaben werden in großem Umfang erhalten. Auf das genaue Zahlenwerk und Zustandekommen möchte ich gar nicht eingehen, denn dieses wurde bei der Einbringung und den anschließenden Diskussionen in den Ausschüssen allen Interessierten deutlich. Flach spielen, hoch gewinnen war hier die Devise des Kämmerers und der Verwaltung. Freiräume wurden erkannt, genutzt und kostspielige oder fragwürdige Projekte zum Teil ins Abseits gestellt. Die Verhandlung um markante Haushaltsstellen wurden sachlich ruhig abgearbeitet und boten wenig Spiel für Effekthascherei und erregte Wortgefechte. Hierfür meinen Dank an den Bürgermeister, Kämmerer, die Verwaltung und an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates.
Ein Fußballspiel dauert in der Regel 90 Minuten und unser Haushalt ein Jahr. Was kriegen wir hier nun geboten. Ich nehme den Ball auf. In Schule und Bildung wagen wir den Anstoß mit der offenen Ganztagschule.

Das Konzept steht und eine Finanzierung ist sichergestellt. Während andere Städte noch in der Planung sind, begeben wir uns in die Offensive mit einem 3-3-4-System, für Nichtfußballer: ein Mittelfeldspieler wird in den Sturm geschickt. Müssen wir allerdings freie Mittel aus dem Stadtsäckel aus der Maßnahme 8 bis 1 abziehen und in höherwertige, pädagogische Betreuung schieben, was nicht heißen will, dass 8 bis 1 pädagogisch schlechter werden muss. Hier sind Lehrer, Eltern, vielleicht Vereine gefragt, einen Beitrag zu leisten. Baulich verbessern wir uns mit einer neuen Turnhalle an der Europa-Hauptschule, was auch längst überfällig war. Die Renovierung der Fassade des Willibrord-Gymnasiums wird weitergeführt. Eine Dämmung und neue Fenster helfen dem Sparwillen und der Umwelt. Im Zuge von OGATA wird es ebenfalls an den Schulen noch bauliche Investitionen geben. Den Wünschen der Schulleiterinnen und Schulleitern konnte in großem Umfang entsprochen werden, allerdings aus Haushaltssicht nicht an jeder Stelle. Hier bleibt die Hoffnung auf das nächste Jahr.

Die Sozialausgaben wurden im Haushalt ausreichend berücksichtigt. Ausreichend berücksichtigt soll heißen, dass man in diesem Bereich eigentlich immer etwas zu tun findet. Hier haben wir Mittel und Wege gefunden, dass es keinen größeren Anlass zu meckern gibt. Schwerpunkte werden sein die Auswirkung des Hartz IV Gesetzes, auch auf Frauen und Alleinerziehende und so hoffe ich, Integration von Hartz IV Empfängern durch Maßnahme in den Arbeitsmarkt. Auch Maßnahmen wie Jugend- und Familienhilfe sowie Suchtprävention bleiben im Fokus. Die bestehenden Jugendtreffpunkte und das Jugendparlament bleiben erhalten.

Die FDP in Emmerich ist zwar ein heißer Verfechter des Jugendparlaments, doch sollten die bisherigen Aktionen auf den Prüfstand gestellt werden und eine Sinnhaftigkeit der Einrichtung hinterfragt werden.

DRK und AWO in Elten werden weiterhin noch zu gleichen Konditionen im alten Rathaus eine Heimat haben.

In Praest gibt es auf die Initiative des Ortsvorstehers hin eine neue Spielfläche speziell für Kinder unter acht. In Zeiten knapper Kassen ist es für uns noch selbstverständlich, dass wir Organisationen und Vereine, die sich gesellschaftlich engagieren, finanziell ausstatten, sei es für Kultur, Brauchtumpflege oder den Sport. Ich bin kein Prophet wenn ich sage, dass wir auch hier in den nächsten Jahren Einschnitte werden machen müssen. Was geschieht in den Bereichen Bau und Verkehr? Hier sind wir auf einem guten Weg, wie der Bürgermeister verlauten ließ. Ein Dominostein unseres Konzeptes - die Kaßstraße - ist geschafft. Mit Argusaugen wird unser Meisterstück - die Rheinpromenade - beobachtet. Neben den Gestaltungen mit dem Fall des Pavillons und der Diskussion mit der Gastronomie, die mit großen Schritten voranschreitet, taucht zum Teil mit Recht die Frage nach der Finanzierung auf. Hier müssen wir uns wohl oder übel auf gemachte Aussagen aus der Landesregierung verlassen. Wie wir wissen sind die Landesmittel knapp und es schadet nicht, wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie wir einen Zeitraum überbrücken können, wenn die Wettervorhersage zum Geldregen nicht auf den Tag genau hinhaut.

Zu einem Ausrufezeichen wird das i-Tüpfelchen Alter Markt. Ich bin der Meinung, dass man hier nicht alle Diskussionen unterdrücken sollte. Während ich die Beratung über Gesteinsfarbe, Form und Eigenschaft für abgeschlossen halte, sollte man das Gespräch mit dem Bürger in Bezug Platzierung des Kandelabers suchen. Welche Lehre ziehen wir daraus? Stehen doch Projekte, Gestaltung Steinstraße, Neumarkt und ein frei werdendes Kasernengelände an. Informieren wir die Bürger wirklich ausreichend? Binden wir sie ausreichend in die Entscheidungen ein, die ihn direkt betreffen und welche Möglichkeiten ergreifen wir, um zeitig Anregungen aus der Bürgerschaft zu bekommen? Hier möchte ich noch mal den Blick auf die schon mit der Mehrheit des Rates abgelehnte Bürgerbefragung richten. Leider haben sich in den Fraktionen, die der antragstellenden FDP bzw. ergänzend durch GRÜNE und BGE abgelehnt haben, die haben sich leider durchgesetzt. Hier glaubt man noch, die Allherrlichkeit mit einer Wahl alle fünf Jahre zu erhalten. Angst vor dem Bürger ist hier die Devise und von Bürgernähe keine Spur. So wird es nicht gelingen, Nörgler zu entlarven und ins Abseits zu stellen. Zurück zum Thema.

Die Bahn kommt. Hier müssen wir uns weiter und zügig einigen wichtigen Punkten des Bahnübergangsbeseitigungskonzeptes widmen. Hier vermisse ich die Einstellung von etwas mehr Geld in den Haushalt. Auch hier müssen wir dem Bürger klarmachen, was in Zukunft auf ihn zukommt und was es kosten wird und was an verkehrlichen Belastungen ansteht. Dankbar bin ich allerdings dafür, dass es keine Diskussion über meinen Antrag zur Bereitstellung der Gelder für den Ausbau des Tichelkamps gab. Ich glaube, dass auch hier die 800 Bürgerunterschriften den Ausschlag gegeben haben, dass dieses Projekt nicht verschleppt wurde. Bürgermeister und Beigeordneter haben mir in Gesprächen einen Planungsbeginn in der 1. Jahreshälfte 2006 zugesagt. Wir dürfen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, ist ein viel zitierter Satz von mir, wenn es um Kultur und Tourismus geht. Wir haben einen ausgezeichnetes Kulturprogramm und Garant hierfür ist Herr Ludger Heyming, der es versteht, auch mit einem gekürzten Haushalt ein Angebot vom Feinsten zu zaubern. Ihm und allen Ehrenamtlichen recht herzlichen Dank.

Auch im Tourismus mausern wir uns. Das ICE bekommt nun keinen Pavillon, aber nach Alternativen wird gesucht. Hier wird der Tourismus auf seine Kosten kommen und die neue Rheinpromenade wird einen riesigen Beitrag hierzu leisten. Leider tut sich im Ausbau der stark boomenden Mobilcampersparte zu wenig. Mehr Gestalt nimmt daher die Verwirklichung des Barfußwegs und somit vielleicht ein Kneippkurort in Elten. Was tun Verwaltung und Politik für den Aufschwung Emmerichs? Für dieses Jahr haben Bürgermeister, Rat und Verwaltung die Hausaufgaben gemacht. Der Haushalt steht auf soliden Füßen. Eine Straffung der Verwaltung ist in Arbeit ohne dabei an Bürgerfreundlichkeit zu verlieren. Bemerkenswert ist, dass auch Auszubildende eingestellt wurden, dieses soll auch ein Zeichen in Richtung freier Wirtschaft sein. Auch soll sich der Verkauf von städtischen Immobilien finanziell bemerkbar machen, die nicht mehr zur Aufgabenerfüllung der Stadt benötigt werden. In den von mir angeführten Themenfeldern habe ich die Punkte herausgearbeitet, die mir am wichtigsten erschienen. Ich möchte auch hier noch einmal die Gelegenheit ergreifen, mich für die bisher geleistete vertrauensvolle Zusammenarbeit bei Ihnen, Herrn Bürgermeister, dem Beigeordneten, dem Kämmerer und den Mitarbeitern aller Fachbereiche zu bedanken. Ebenso den Ratskolleginnen und Ratskollegen für das Streiten und Suchen nach den besten Lösungen zum Wohl für Emmerich und allen Emmerichern Bürgern, die mit ihren Anregungen und Wünschen zu mir und in den kommunalen Arbeitskreis der FDP gekommen sind, sage ich Dank. Anschließend bleibt zu sagen, wir befinden uns in einer kontrollierten Offensive, die Deckung wird nicht vernachlässigt, die Null steht auch unter dem Strich des Haushaltes und somit kann ich dem Haushalt zustimmen."

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2006 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2006

Aufgrund der §§ 77 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Teils des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV NRW S. 498) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom 21.03.2006 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	43.979.736 EUR
	in der Ausgabe auf	43.979.736 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	11.462.594 EUR
	in der Ausgabe auf	11.462.594 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 2.530.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 3.588.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v. H.

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben.
Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt
2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 6 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs.1 Satz 5 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2006

3. das Investitionsprogramm 2006 - 2009

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 9 04 - 14 0388/2006 **Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen**
- | | |
|----------------------------------|---------------|
| "Emmerich blüht auf" | am 02.04.2006 |
| "Autoshow- Alles rund um`s Auto" | am 14.05.2006 |
| "Stadtfest" | am 03.09.2006 |
| "St. Martinsmarkt" | am 05.11.2006 |

Der Vorsitzende lässt über den mehrstimmig gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

12 05 - 14 0416/2006 TOP 3 der ASE-Sitzung vom 14.02.2006
Baumaßnahmen in der Innenstadt
Vorlage-Nr. 05-14 0392/2006;
hier: Einspruch und Ratsantrag

Mitglied Beckschaefer bedauert, dass die CDU- und SPD-Fraktion zu Beginn der Sitzung deutlich gemacht haben, dass sie diesen Antrag ablehnen. Aus diesem Grunde sieht er keinen Beratungsbedarf mehr.

Der Vorsitzende lässt über die Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis

Begründung :

Gem. § 57 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NW) in Verbindung mit § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein (GeschO) können Beschlüsse mit Entscheidungsbefugnis erst durchgeführt werden, wenn innerhalb von 4 Arbeitstagen - den Tag der Beschlussfassung nicht eingerechnet - weder vom Bürgermeister noch von mindestens einem Fünftel der Ausschussmitglieder Einspruch eingelegt worden ist

Gemäß § 57 Abs. 4 GO NW i.V.m. § 24 Abs. 4 GeschO entscheidet der Rat über diesen Einspruch in seiner nächsten Sitzung.

Der Einspruch setzt die persönliche Willenserklärung, in der Regel nachgewiesen durch die eigenhändige Unterschrift, eines jeden einspruchswilligen stimmberechtigten Ausschussmitgliedes voraus. Der Kommentar Held/Becker zum Kommunalen Verfassungsrecht NW führt dazu unter § 57, Ziffer 7.2 weiter aus: "Ein Einspruch im Sinne des § 57 Abs. 4 S. 2 liegt im Übrigen auch dann nicht vor, wenn ein Ausschussmitglied angibt, im Namen oder im Einverständnis anderer Ratsmitglieder zu handeln,...". Die Gesamtheit der notwendigen Willenserklärungen hat damit konstitutive Wirkung im Hinblick auf den "Einspruch".

Mit Schreiben vom 20.02.2006 legte der Vorsitzende der BGE-Fraktion "*im Namen der fünf Ausschussmitglieder der Bürgergemeinschaft Emmerich Einspruch ein*". Unter Berücksichtigung des Vorgenannten liegt mithin schon ein Einspruch gem. § 57 Abs. 2 Satz 2 GO NW nicht vor. Weitere Prüfungen hinsichtlich Zulässigkeit und Begründetheit erübrigen sich damit.

Betrachtet man die Aussagen des dem Rat vorgelegten "Einspruchs" hilfsweise, so bleibt (darüber hinaus) festzuhalten:

Nach § 41 Abs. 1 S. 1 Hs 1 i. V. m. Abs. 2 S. 1 GO NW (i. V. m. § 7 Abs. 2 Buchst. d) Spiegelstrich 10 GeschO) entscheidet der Rat der Stadt Emmerich am Rhein über die "Baumaßnahme Christoffelstraße, Fischerort und Alter Markt".

In seiner Sitzung am 08.11.2005 (Vorlage Nr. 05-14 0317/2005) hat der Rat beschlossen, "die weitere Ausbauplanung auf der Grundlage der Variante B zu betreiben". Damit hat er, bis auf wenige Details (z. B. Standorte Lichtsteelen, genaue Verortung Parkstände Alter Markt, Parkstände vor der südlichen Häuserzeile Fischerort), im Ergebnis bereits das beschlossen, was letztendlich auch die letztthin verabschiedete Ausführungsplanung ausmacht (Vgl. dazu insb. den dem gefassten Beschluss zugrunde liegenden, der damaligen Vorlage beigefügten Plan "Ziellösung" mit den in der ASE-Sitzung am 14.02.2006 vorgestellten und beschlossenen Planungen). Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein hat damit seine Zuständigkeit wahrgenommen und ausgeübt. Damit bedürfte es weder eines neuen/weiteren Ratsbeschlusses.

Darüber hinaus ergibt sich aus der Niederschrift der Ratssitzung vom 08.11.2005: "*... dass ... auf der Grundlage der Variante B weiter gearbeitet wird. In der sog. Rosa Sitzung am 10.11.2005 wird die Verwaltung weitere Einzelheiten vorstellen. Dieser Planungsstand wird dem ASE vorgelegt, der sämtlich Entscheidungen bezügl. des Pflasters und der Anordnung der Parkplätze treffen kann*".

Dies ist insoweit geschehen, als das der ASE in seinen Sitzungen am 22.11.2005 (Vorlage Nr. 05-14 0342/2005) und abschließend am 14.02.2006 (Vorlage 05-14 0392/2006) den vorgestellten Planung zugestimmt und die Verwaltung beauftragt hat, die Baumaßnahmen durchzuführen.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 12 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

13 05 - 14 0422/2006 Vorbau am Haus Faulseit (Dambeck) an der Rheinpromenade

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß dem Antrag seiner Fraktion zu verfahren und diese Vorlage an den ASE zu verweisen.

Der Vorsitzende lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen der Rheinpromenadenplanung wurde regelmäßig darauf hingewiesen, dass

- die sog „Kartoffelkiste“ teilweise zurückzubauen sei,
- das erheblich reduzierte Podest und die Treppe (gespiegelt im Verhältnis zum vorherigen Zustand) erhalten blieben und
- deren Gestaltung mit der der Promenade (bis Anfang März 2006 ausgerichtet an der Gestaltung des Kiosk) einen Konnex bilden müsse.

Nachdem der Rückbau aufgrund des Ausbau des Wohnbereichs planmäßig erfolgt ist und eine Gestaltungsaussage derzeit, d. h. nach Negierung des Kiosks, nicht mehr getroffen werden kann, ist diese Planungslücke zu schließen. Die ausstehende Planung der ehemaligen „Kioskfläche“ bzw. der ehemaligen „ICE-Fläche“ wird - wie gehabt - im ASE und Rat zu beraten und beschließen sein. Dabei wird zwangsläufig auch eine Aussage zu der Gestaltung des Treppenauf- / abgangs Dambeck zu treffen sein.

Vorstehender Sachverhalt ist anlässlich eines Gesprächs am 06. März zwischen Herrn Beckschaefer und Herrn Dr. Wachs erörtert worden.

Die Erstellung der sog. „Kartoffelkiste“ ist im Februar 1999 im BPVA beraten und - wie bereits in der ASE-Sitzung am 02. März vorgetragen - bauplanungsrechtlich positiv beschieden worden; dem Bauherrn wurde eine Baugenehmigung erteilt. Zwischen der Stadt als Grundstückseigentümerin Rheinpromenade und dem Bauherrn ist ein privatrechtlicher Gestattungsvertrag geschlossen worden.

Gemäß § 6 Abs. 4 Buchst. f der damals gültigen Hauptsatzung war, da die Gegenleistungsgrenze i.H.v. DM 5000,- nicht erreicht wurde, der Vertragsschluss „Geschäft der laufenden Verwaltung“ und infolgedessen ein Beschluss des Wirtschaftsförderungsausschusses entbehrlich. WFA-Unterlagen im Sinne einer Beschlussvorlage bzw. einer Sitzungsniederschrift gab und gibt es infolgedessen nicht.

Der Rat verweist diese Vorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

14 05 - 14 0423/2006 Umgestaltung des Rheinparks

Mitglied Diekman stellt den Antrag, diese Vorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung zu verweisen.

Mit der Stellungnahme der Verwaltung erklärt er sich nicht einverstanden, da der Zeitraum bis zum Jahr 2008 zu langwierig ist. Ferner wünscht die SPD-Fraktion, dass die Anregungen zur Umgestaltung des Rheinparks in die Beratungen einfließen und nicht, wie in der Vorlage aufgeführt, berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende lässt über den Verweisungsantrag abstimmen. Ob diese Vorlage im Rat entschieden wird, wird im Fachausschuss entsprechend erörtert.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Rat verweist diese Vorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

15 06 - 14 0419/2006 Bericht über die Erreichbarkeit des Rettungsdienstes in Vrssett und Praest angesichts der immer öfter geschlossenen Bahnschranken

Mitglied Sickelmann bittet die Verwaltung mit Nachdruck, auch um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, die Stellungnahme des Kreises Kleve bezüglich der Alternativen zu den Anfahrtswegen einzuholen und dem Rat vorzulegen.

Die Verwaltung sagt hierzu Prüfung zu.

Mitglied Spiertz bittet die Bürger, die den Rettungsdienst bestellen, evtl. durch die Presse darauf hinzuweisen, ihren genauen Wohnort oder Standpunkt zu benennen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt ergänzend mit, dass der Rettungsdienst über alle Baustellen oder Sperrungen im Straßenverkehr entsprechend informiert wird.

Mitglied Roebrock verweist auf die schlechten Straßenverhältnisse nördlich der Bahn.

Der Rat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bauarbeiten an den Bahnübergängen zwischen Emmerich und Praest sind bis auf den "Schwarzer Weg" inzwischen fertiggestellt. Im Vorfeld zu diesen Arbeiten wurden die Feuerwehr und der Rettungsdienst über die Sperrungen informiert, so dass alternative Anfahrtswege rechtzeitig ausgewählt werden konnten. Weitere Beeinträchtigungen sind durch Baustellen z. Zt. nicht zu erwarten.

Aufgrund der voraussichtlich zu erwartenden höheren Zugfrequenzen wurde von der Stadt Emmerich am Rhein als Trägerin des Feuerschutzes angeordnet, dass bei Wohnungsbränden in den Ortsteilen Praest und Vrsasselt zusätzlich der Löschzug Emmerich alarmiert wird. Bei Einsatzorten nördlich der Bahnlinie ist angeordnet, dass der Löschzug Emmerich über die Duisburger Straße usw. zum Einsatzort fährt. Der Kreis Kleve als Trägerin des Rettungsdienstes wird gebeten, ebenfalls Alternativen zu den Anfahrtswegen festzulegen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Die derzeitige Situation macht deutlich, dass es für die Feuerwehr und den Rettungsdienst auf Dauer erforderlich ist, von den Bahnverkehren unabhängig zu werden.

Dies kann nur dadurch geschehen, dass in den Ortsteilen entsprechende Über- oder Unterführungen der Bahnlinie errichtet werden.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.35 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin